



Jürgen Wenzel - Freie Wähler  
Stefan Schmitt - parteilos  
Haus der Fraktionen  
Hebelstraße 13  
76133 Karlsruhe

Email: [info@si-ka.eu](mailto:info@si-ka.eu)  
Internet: [www.si-ka.eu](http://www.si-ka.eu)

## Infobrief Nr. 4

Karlsruhe, den 29.07.2016

### **Sehr geehrte Unterstützer/innen,**

dieser Infobrief kommt mit einiger Verspätung. Das ist uns bewusst, heißt aber nicht, dass wir uns in den letzten Monaten nicht für unsere Themen eingesetzt haben. Grund ist die erhebliche berufliche Belastung, mit der wir im ersten Halbjahr auch noch klarkommen mussten.

Was ist in der Zwischenzeit passiert?

Die am 24.03.16 veröffentlichte Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums zeigt, dass in Karlsruhe im Jahre 2015 nichts besser geworden ist, sondern eine weitere Zunahme bei allen Delikten außer bei Wohnungseinbrüchen zu verzeichnen ist.

Bei den Wohnungseinbrüchen ist Karlsruhe allerdings bundesweit die Ausnahme, denn bundesweit steigt die Zahl der Wohnungseinbrüche weiter. Das Karlsruher Phänomen ist unseres Erachtens damit zu erklären, dass wir 2014, wie 2013 ein extremes Hoch hatten, das auf die Tätigkeit professioneller Banden zurückzuführen ist. Offensichtlich haben diese ihre Aktivitäten in 2015 in andere Regionen verlagert.

Mit unserem 7-Punkte-Plan beißen wir bei den Fraktionen im Gemeinderat weiterhin auf Granit. Wir haben hier einige Gespräche zu den verschiedenen Punkten geführt, sind aber nicht weitergekommen.

Da die Umsetzung unserer Punkte Geld kostet, wird nun häufig das Thema Haushaltssanierung als Grund für die Ablehnung ins Feld geführt. Damit es an dieser Stelle keine Missverständnisse gibt: auch wir sind für die Sanierung des Haushaltes – allerdings etwas anders, als es jetzt betrieben wird. Und unser Slogan lautet: „Sparen ja – aber nicht beim Thema Sicherheit!“

Bei den kommenden Haushaltsberatungen haben auch Einzelstadträte Antragsrecht und hier werden wir unseren Forderungen mit entsprechenden Anträgen Nachdruck verleihen.

Dann müssen insbesondere CDU und SPD Farbe bekennen und zeigen, ob ihr Interesse am Thema Sicherheit vor der Landtagswahl nur ein Wahlkampfgeg gewesen ist, oder ernst gemeint war.

Auch der OB hat zum Thema Sicherheit kurz vor der Landtagswahl im Südwerk ein Bürgerforum veranstaltet – und auch hier sind wir sehr gespannt, ob das eine Eintagsfliege war, oder ob hier noch etwas kommt.

Desweiteren haben wir im Gemeinderat drei Anfragen zum Thema Sicherheit gestellt:

1. Sicherheitskonzept für die Innenstadt – Anlage 1
2. Straftaten-Atlas für Karlsruhe – Anlage 2
3. Bekämpfung der offenen Drogenszene am Kronenplatz – Anlage 3

Bei den Punkten 2 und 3 sind wir tatsächlich einen Schritt weitergekommen. Hierzu mehr auch auf unserer aktualisierten Internetseite: [www.si-ka.eu](http://www.si-ka.eu)

Neben unserem 7-Punkte-Plan haben momentan die vier folgenden Punkte für uns Priorität:

### **1. Beobachtung der Drogensituation am Kronenplatz**

Zu diesem Thema haben wir etliche Hinweise von Anwohnern bekommen. Herauszuheben ist hier das vorbildliche Engagement einer Dame, die mit Ihrem Mann in dem Haus wohnt, vor dem die Dealer ihre Waren angeboten haben. Immer offener und immer dreister.

Zielgruppe waren Studenten des KIT und Schüler des anliegenden Kantgymnasiums. Als die Dame dann beobachtet hat, wie die Dealer sogar Kinder angesprochen und Ihnen Tütchen in die Hand gedrückt haben, war für sie das Fass voll.

Am 15.06. hat sie dann eine Mail an das Justizministerium geschickt, in der sie die Situation, die seit Monaten geduldet wurde, detailliert schildert. Die Antwort des Justizministeriums war, dass dafür das Innenministerium zuständig sei und man die Mail dorthin weitergeleitet hätte.

Im Verteiler war auch das für Sicherheit zuständige Dezernat 1 der Stadt Karlsruhe. Nachdem es von dort keine Antwort gab, hat die Dame dann vier Wochen später, am 13.07., eine Mail an den Leiter des Dezernates 3 und Leiter der Drogenkommission Herrn Bürgermeister Lenz geschickt und uns über den Vorgang informiert.

Wir haben sofort ein Treffen vereinbart und waren beide fassungslos, über das, was hier berichtet wurde:

Denn bevor die Mails verschickt wurden, hat die Familie etliche Male die Polizei direkt verständigt. Aber immer wenn die Polizei ankam, waren die Dealer weg und die Familie musste sich quasi entschuldigen, dass sie die Polizei gerufen hat. Die Dealer waren schlagartig verschwunden, weil im Umfeld Aufpasser postiert waren, die beim Anrücken der Polizei, die Drogenhändler per Handy gewarnt haben. Allerdings hat sich die Dame dadurch nicht beeindruckt lassen und die Polizei immer wieder verständigt, bis es der Polizei tatsächlich einmal gelungen war, die Drogenverkäufer zu erwischen. Allerdings hat die Polizei dann keine Ware bei ihnen gefunden.

Und wieder musste sich die Frau, die die Polizei verständigt hat, rechtfertigen. Die Dame, die inzwischen auch zu unserem Unterstützerkreis gehört, hat der Polizei

erklärt, dass die Dealer mit ihren Kunden immer in den Ehrenhof der Uni gehen und den Stoff vermutlich dort irgendwo versteckt hätten. Das war irgendwann im April.

Unsere Anfrage zu genau diesem Problem haben wir Ende Mail gestellt. Und die Polizei musste spätestens hier zur Kenntnis nehmen, dass das Thema nun auch im Gemeinderat angekommen ist. Beantwortet wurde die Anfrage erst am 19.07. und am 22.07. hat die Landespolizei endlich zugeschlagen und sechs Drogenverkäufer aus Gambia festgenommen.

Ob das Problem damit erledigt ist, wird sich zeigen. Wir bleiben weiterhin im Gespräch mit der couragierten Frau und bedanken uns an dieser Stelle bei ihr und ihrem Mann, dass sie nicht kapituliert haben, sondern hartnäckig geblieben sind.

Für uns im übrigen vollkommen unverständlich: weder die Direktion des Kant-Gymnasiums noch die Verwaltung des KIT haben ihrerseits etwas gegen diese Zustände unternommen. Sie haben einfach weggeschaut, statt ihrer Verantwortung für die Studenten und vor allem die Schüler nachzukommen.

Anzumerken bleibt, dass es am 26.07. sowohl eine schriftliche Antwort des Innenministeriums, wie auch des Dezernats 3 gab. Dort hat man sich für die Schilderung des Problems bedankt und darauf hingewiesen, dass entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet wurden.

## **2. Belästigung von Frauen und Mädchen in der Stadt und in Schwimmbädern**

Auch hier werden wir von Eltern angesprochen, die sich Sorgen machen, wenn ihre Kinder ins Schwimmbad gehen. In Gesprächen mit den Verantwortlichen für die Bäder wurde uns versichert, dass man das Thema im Blick hat und Vorsorge getroffen hat. Auch das werden wir beobachten und bis zum Oktober eine entsprechende Anfrage über die Zahl der Vorfälle stellen.

## **3. Gastronomen beklagen Diebstähle und Belästigungen von Gästen**

Auch hier stoßen wir bei der Stadtverwaltung auf taube Ohren. Schon Ende letzten Jahres haben uns Gastronomen auf dieses Problem hingewiesen. Die Problematik hat sich allerdings mit der Eröffnung der Biergartensaison weiter verschärft.

Im Winter wurden die Gäste beim Betreten oder Verlassen der Lokale angegangen, nun werden sie vor dem Lokal oder im Biergarten sitzend, von dubiosen Gestalten belästigt. Schon im Januar forderten wir in einer Anfrage an den Oberbürgermeister ein Sicherheitskonzept für die Innenstadt, das diese in Karlsruhe neuen Vorkommnisse berücksichtigt.

Die Stadtverwaltung sieht hierfür allerdings keine Notwendigkeit und verweist auf ihr Sicherheitskonzept bei innerstädtischen Veranstaltungen. Das ist aber nicht das, was wir fordern. Wir werden nun einen Runden Tisch mit Vertretern der Gastronomen, den City-Initiativen, der Polizei und dem Kommunalen Ordnungsdienst KOD initiieren, mit dem Ziel, Maßnahmen gegen die genannten Missstände zu ergreifen.

Dabei steht für uns außer Frage, dass der KOD schnellstmöglich von 18 auf 40 Mitarbeiter aufgestockt werden muss. In Mannheim ist man gerade dabei, den KOD von 40 auf 60 Mitarbeiter auszubauen.

#### **4. Diebstähle bei Einzelhändlern auf Höchsthiveau**

Laut Polizeistatistik 2015 hat sich die Zahl der schweren Ladendiebstähle in Karlsruhe gegenüber dem Vorjahr von 87 auf 170 Fälle fast verdoppelt. Die Zahl der einfachen Ladendiebstähle wird nicht dokumentiert und liegt um ein Vielfaches höher.

Unter schwerem Ladendiebstahl versteht man das Entwenden besonders gesicherter Ware. Es ist klar, die meisten Waren, die gestohlen werden, sind ungesichert. Große Läden haben inzwischen eigenes Sicherheitspersonal eingestellt. Kleine Läden können das aus finanziellen Gründen nicht.

Die Inhaber kleiner Geschäfte zeigen die Diebstähle oft schon gar nicht mehr an, weil die Polizei sowieso keine Zeit hat, genauer zu ermitteln. Aus unserer Sicht, ein nicht zu akzeptierender Zustand, da die Einbußen für die kleinen Läden immens sind. In anderen Städten sind in den Einkaufsmeilen Dauerstreifen des Kommunalen Ordnungsdienstes im Einsatz.

In Karlsruhe ist das nicht möglich, weil der KOD gerade einmal aus 18 Personen besteht. Davon sind 30% im Urlaub. D.h. aktiv sind 12 Mitarbeiter in drei Schichten im Einsatz - also vier Mitarbeiter pro Schicht. Somit sind in ganz Karlsruhe gerade einmal zwei Doppelstreifen zur gleichen Zeit unterwegs. Wir fordern zwei zusätzliche Doppelstreifen, die permanent in der Kaiserstraße und deren Nebenstraßen präsent sind.

Um unserer Forderung nach einem Sicherheitskonzept für die Innenstadt Nachdruck zu verleihen, haben wir in einer Anfrage die Einführung des Karlsruher Straftaten-Atlas gefordert. Hier kann man dann deutlich sehen, wo in der Stadt die Deliktschwerpunkte liegen – Anlage 2. In Stuttgart wird dieser Atlas von der Stuttgarter Zeitung auf Basis der jährlichen Kriminalstatistik veröffentlicht. Die Delikte pro Stadtteil liegen auch für Karlsruhe vor – wurden aber bisher nicht veröffentlicht.

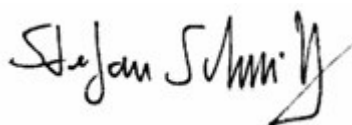
Das wird sich jetzt ändern. Die Verwaltung hat zugesichert, diesen Atlas für 2015 im zweiten Halbjahr 2016 vorzulegen und dann jährlich zu veröffentlichen. Das finden wir besser, als den halboffiziellen Bericht durch eine Zeitung. Denn es ist die Aufgabe der Stadtverwaltung, die Bürger über die relevanten Kennzahlen der Stadt zu informieren.

An dieser Stelle wünschen wir Ihnen allen, erholsame Sommerferien und kehren Sie wohlbehalten zurück !

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Wenzel - Stadtrat



Stefan Schmitt - Stadtrat

## **Anlage 1**

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
76124 Karlsruhe

20. Januar 2016

Thema:

### **Sicherheitskonzept für die Innenstadt**

#### **Anfrage**

- A.** Immer häufiger gibt es Klagen von Einzelhändlern und Gastronomen innerhalb der „Kneipenmeile“ zwischen Kronen- und Ludwigsplatz über Antanzdelikte, Diebstähle, Taschendiebstähle und verbale Attacken auf Kunden. Vor allem in den Abendstunden und bei Veranstaltungen mit größerem Menschaufkommen wird eine stärkere Präsenz von Polizei und KOD gefordert. Diese Problematik ist der Verwaltung sicher bekannt und wie reagiert man von Seiten der Stadt auf diese Forderungen?
- B.** Immer häufiger hört man den Ruf nach einem „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“. Gibt es ein solches und wenn ja, wie sieht es aus und wo kann man sich darüber informieren?
- C.** Welche Maßnahmen sind geplant oder wurden schon umgesetzt, um das Sicherheitsgefühl in der Innenstadt wieder zu erhöhen?
- D.** Erste Bürgervereine organisieren runde Tische zum Thema Sicherheit. Das Bündnis „Allianz für mehr Sicherheit in Karlsruhe“ hält Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen ab. Die Verwaltung schickt zwar zu Bürgerversammlungen der Stadtteile Referenten zum Thema Sicherheit, aber nicht zu Veranstaltungen der „Allianz für mehr Sicherheit“. Warum wird hier unterschieden?

#### **Sachverhalt / Begründung:**

**Immer häufiger gibt es Klagen von Einzelhändlern und Gastronomen, innerhalb der „Kneipenmeile“ zwischen Kronen- und Ludwigsplatz über Antanzdelikte, Diebstähle, Taschendiebstähle und verbale Attacken auf Kunden. Sie fürchten Umsatzeinbußen und Kundenabwanderungen. Der Ruf nach einem „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“ wird immer lauter!**

Unterzeichnet von:

Stefan Schmitt – Stadtrat parteilos  
Jürgen Wenzel – Stadtrat Freie Wähler

<b>STELLUNGNAHME zur gemeinsamen Anfrage</b>	Gremium:	<b>22. Plenarsitzung Gemeinderat</b>
Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) Stadtrat Stefan Schmitt (FW)	Termin:	<b>22.03.2016</b>
vom: 20.01.2016 eingegangen: 20.01.2016	Vorlage Nr.:	<b>2016/0016</b>
	TOP:	<b>22</b>
	Verantwortlich:	<b>öffentlich Dez. 2</b>
<b>Sicherheitskonzept für die Innenstadt</b>		

- A. Immer häufiger gibt es Klagen von Einzelhändlern und Gastronomen innerhalb der „Kneipenmeile“ zwischen Kronen- und Ludwigsplatz über „Antanzdelikte“, Diebstähle, Taschendiebstähle, Überfälle und verbale Attacken auf Kunden. Vor allem in den Abendstunden und bei Veranstaltungen mit größerem Menschaufkommen wird eine stärkere Präsenz von Polizei und KOD gefordert. Diese Problematik ist der Verwaltung sicher bekannt und wie reagiert man von Seiten der Stadt auf diese Forderungen?**

Die geschilderte Problematik ist der Verwaltung bekannt. Die Sorgen und Ängste der Bevölkerung werden selbstverständlich ernst genommen und bei der Einsatzplanung des Kommunalen Ordnungsdienstes ebenso berücksichtigt, wie bei der Erarbeitung neuer Maßnahmen. Auch das Ergebnis des 3. Sachstandsberichtes zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Karlsruhe fließt hierbei mit ein.

Darüber hinaus wird dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung auch durch entsprechende anlassbezogene Maßnahmen der Sicherheitsbehörden entsprochen. So zum Beispiel im Zusammenhang mit den diesjährigen Faschingsumzügen. In einer intensiven Abstimmung mit allen mit Sicherheitsaufgaben betrauten Dienststellen wurde das bestehende Sicherheitskonzept erneut überarbeitet. Dass dieses erfolgreich war, zeigte die abschließende Bilanz.

- B. Immer häufiger hört man den Ruf nach einem „Sicherheitskonzept für die Innenstadt“. Gibt es ein solches und wenn ja, wie sieht es aus und wo kann man sich darüber informieren?**

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist eine sehr vielschichtige Aufgabe, deren Bewältigung sich kaum in einem einzigen Sicherheitskonzept für die Innenstadt abbilden ließe. Es sind vielmehr unterschiedliche Konzepte erforderlich, die auf die im jeweiligen Einzelfall bestehenden objektiven Umstände oder subjektiven Sorgen eingehen. So erfordern zum Beispiel Großveranstaltungen andere Maßnahmen als Geschehnisse, die nicht im Zusammenhang mit (Groß-)Veranstaltungen stehen.

Seitens der zuständigen Sicherheitsbehörden und -verantwortlichen wird anlassbezogen und aktuell auf die jeweiligen Anforderungen und Entwicklungen reagiert. Bestehende erfolgreiche Konzepte aus der Vergangenheit werden dabei berücksichtigt.

- C. Welche Maßnahmen sind geplant oder wurden schon umgesetzt, um das Sicherheitsgefühl in der Innenstadt wieder zu erhöhen?**

Wie bereits erwähnt, richtet der Kommunale Ordnungsdienst seine Streifentätigkeit am Ergebnis der Sicherheitsumfrage aus und setzt entsprechende Prioritäten. So wurden im Jahr 2015 insgesamt 2924 Einsätze im Bereich Innenstadt-West und Innenstadt-Ost geleistet.

Davon fanden 1076 Einsätze an einem Freitag, Samstag oder Sonntag statt. 864 Einsätze erfolgten in der Zeit zwischen 18 Uhr und 2 Uhr.

Seitens des Polizeipräsidiums Karlsruhe werden an erkannten Brennpunkten mit uniformierten und zivilen Kräften konzeptionelle Einsatzmaßnahmen durchgeführt. Diese Einsatzmaßnahmen werden durch Kräfte des Polizeipräsidiums „Einsatz“ unterstützt.

Zwischen der Stadtverwaltung und dem Polizeipräsidium Karlsruhe gibt es eine enge Zusammenarbeit bei allen Themen, die die Sicherheit in unserer Stadt betreffen. So gibt es zum Beispiel für den Bereich der Innenstadt eine Konzeption mit dem Ziel der Verringerung von Auseinandersetzungen unter Alkoholeinfluss, die meist an den Wochenenden nachts geschehen. Es finden auch routinemäßig mehrmals jährlich Abstimmungsgespräche statt, die gegebenenfalls durch anlassbezogene Besprechungen ergänzt werden.

**D. Erste Bürgervereine organisieren runde Tische zum Thema Sicherheit. Das Bündnis „Allianz für mehr Sicherheit in Karlsruhe“ hält Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen ab. Die Verwaltung schickt zwar zu Bürgerversammlungen der Stadtteile Referenten zum Thema Sicherheit, aber nicht zu Veranstaltungen der „Allianz für mehr Sicherheit“. Warum wird hier unterschieden?**

Die Bürgervereine sind die politisch neutralen Vertretungen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Sie sind in vielen Belangen, nicht nur beim Thema Sicherheit, wichtige Ansprechpartner für die Stadtverwaltung. Aus diesem Grund ist eine Teilnahme von Referentinnen und Referenten der Verwaltung an Bürgerversammlungen seit vielen Jahren üblich.

## **Anlage 2**

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
76124 Karlsruhe

13. April 2016

Thema:  
**Atlas der Straftaten für Karlsruhe**

### **Anfrage**

- A.** Um die Brennpunkte der in der Stadt begangenen Straftaten zu ermitteln, müssen die in der Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums dokumentierten Delikte pro Stadtteil ermittelt werden. In Stuttgart werden Jahr für Jahr die Delikte pro Stadtteil im sogenannten „Stuttgart-Atlas der Straftaten“ veröffentlicht – siehe Anlage. Ab wann kann diese für die Bürger wichtige Information auch in Karlsruhe veröffentlicht werden?
- B.** Ist es möglich, nachträglich noch die für 2015 in der Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums veröffentlichten Delikte nach Stadtteilen aufzusplitten und einer Tabelle zu veröffentlichen?
- C.** Bis wann kann die Veröffentlichung dieser Daten für 2015 erfolgen?

### **Sachverhalt / Begründung:**

**Alle fünf Jahre wird eine Umfrage durchgeführt, die das subjektive Sicherheitsempfinden der Karlsruher Bürger in den einzelnen Stadtteilen ermittelt. Mit Hilfe der vom Polizeipräsidium Jahr für Jahr veröffentlichten Kriminalstatistik kann festgestellt werden, wie viele Delikte es tatsächlich und objektiv in den einzelnen Stadtteilen gab. Diese für die Bürger wichtige Information, wird bisher in der Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums nicht separat aufgeführt. In Stuttgart gibt es den sogenannten „Stuttgart-Atlas der Straftaten“ – siehe Anlage – den wir auch für Karlsruhe für erforderlich halten.**

Unterzeichnet von:

Stefan Schmitt – Stadtrat parteilos  
Jürgen Wenzel – Stadtrat Freie Wähler

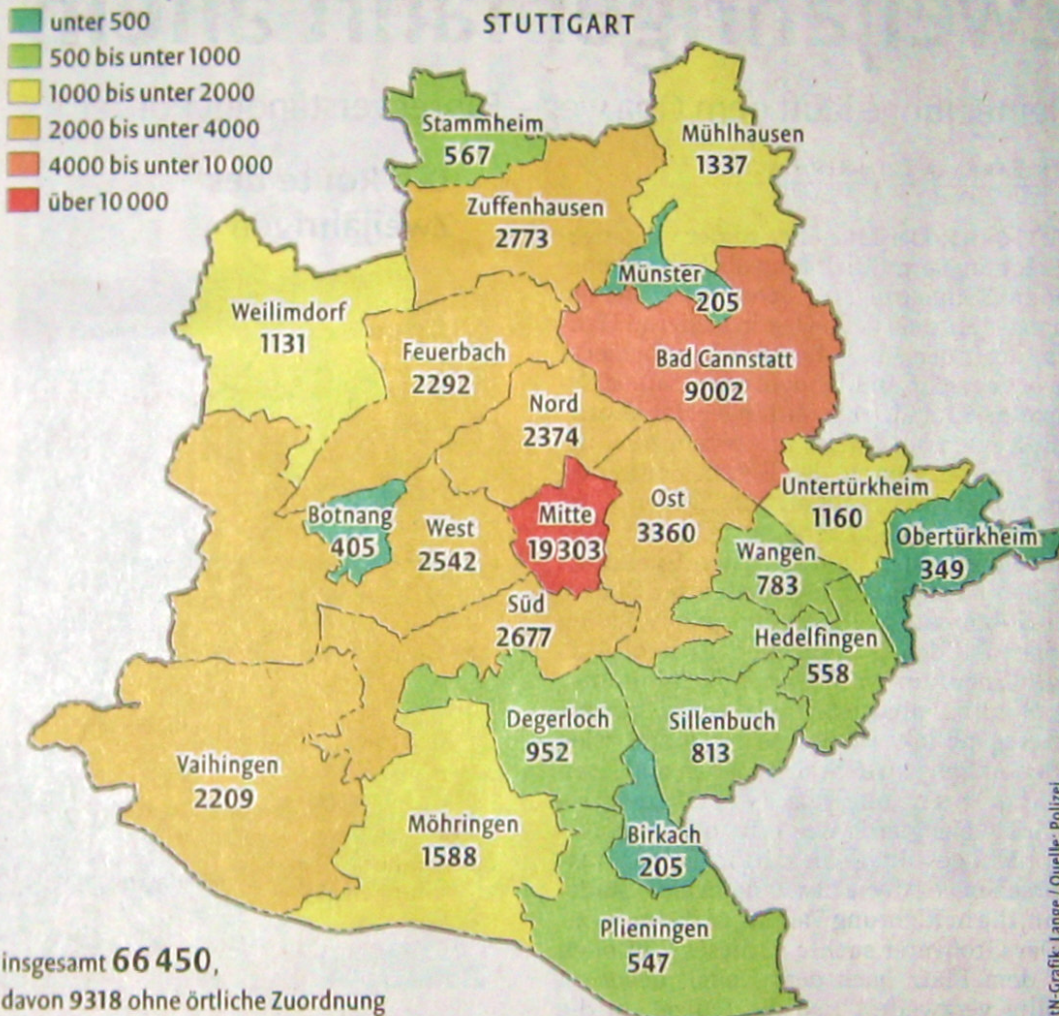
**Anlage:** Stuttgart-Atlas der Straftaten



## Der Stuttgart-Atlas der Straftaten

Straftaten 2015 je Stadtbezirk

- unter 500
- 500 bis unter 1000
- 1000 bis unter 2000
- 2000 bis unter 4000
- 4000 bis unter 10 000
- über 10 000





<b>STELLUNGNAHME zur gemeinsamen Anfrage</b>		Vorlage Nr.:	<b>2016/0181</b>	
Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) Stadtrat Stefan Schmitt (pl)		Verantwortlich:	<b>Dez. 2</b>	
vom: 13.04.2016				
<b>Atlas der Straftaten für Karlsruhe</b>				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>31.05.2016</b>	<b>15</b>	<b>x</b>	

- A. Um die Brennpunkte der in der Stadt begangenen Straftaten zu ermitteln, müssen die in der Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums dokumentierten Delikte pro Stadtteil ermittelt werden. In Stuttgart werden Jahr für Jahr die Delikte pro Stadtteil im sogenannten „Stuttgart-Atlas der Straftaten“ veröffentlicht - siehe Anlage. Ab wann kann diese für die Bürger wichtige Information auch in Karlsruhe veröffentlicht werden?**

Bislang gab es in Karlsruhe einen solchen „Atlas der Straftaten“ noch nicht. Das Amt für Stadtentwicklung veröffentlicht allerdings standardmäßig Daten aus der polizeilichen Kriminalstatistik, die dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg einmal jährlich übermittelt werden.

Bei den Daten handelt es sich um Angaben zur Zahl der bekannt gewordenen Straftaten, differenziert nach Delikten sowie Tatverdächtigen und deren Altersstruktur. Diese Daten können vom Polizeipräsidium Karlsruhe nunmehr auch kleinräumig auf Stadtteilebene zur Verfügung gestellt werden.

- B. Ist es möglich, nachträglich noch die für 2015 in der Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums veröffentlichten Delikte nach Stadtteilen aufzusplitten und in einer Tabelle zu veröffentlichen?**

Grundsätzlich wäre es dem Amt für Stadtentwicklung möglich, die - wie unter Ziffer A beschrieben - vom Polizeipräsidium Karlsruhe zur Verfügung gestellten Daten entsprechend darzustellen und zu veröffentlichen.

Das Polizeipräsidium Karlsruhe weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass die räumliche Situation von Stuttgart und Karlsruhe nicht miteinander vergleichbar und in Karlsruhe eine Verzerrsituation gerade bei den Stadtteilen in der Kernstadt gegeben ist. Die entsprechenden Häufigkeitszahlen wären deshalb interpretationsbedürftig. Die Veröffentlichung sollte daher im Rahmen einer Präsentation mit Erläuterung der stadtteilbezogenen Auswertung in einem gemeinderätlichen Gremium erfolgen.

- C. Bis wann kann die Veröffentlichung dieser Daten für 2015 erfolgen?**

Die Veröffentlichung wird in einer Sitzung des Hauptausschusses im 2. Halbjahr 2016 erfolgen.

### **Anlage 3**

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
76124 Karlsruhe

27. Mai 2016

Thema:

#### **Maßnahmen gegen offenen Drogenhandel**

#### **Anfrage**

- A.** Ist der Verwaltung bekannt, dass Karlsruhe weit über die Region als „Cannabishauptstadt“ bekannt ist und es sogar einen regelrechten „Cannabistourismus“ ins benachbarte Elsass geben soll?
- B.** Die Karlsruher Polizei ist bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität überaus aktiv und erfolgreich und konnte in der Vergangenheit mit einigen spektakulären Erfolgen punkten. Sie spricht davon, dass „Rauschgiftkriminalität auch Kontrollkriminalität sei“. Leider sind die personellen Mittel der Polizei begrenzt, um das vorhandene Drogenangebot zu verdrängen. Sieht die Verwaltung hier Möglichkeiten, die Polizei durch den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) zu unterstützen?
- C.** Hat die Verwaltung vor, finanzielle Mittel bereitzustellen, um die Polizei bei ihrem Kampf gegen die Karlsruher Drogenszene zu unterstützen?
- D.** Wäre es nicht an der Zeit einzugestehen, dass Karlsruhe zur Abwehr der Ausbreitung der Drogenszene, ein Sicherheitskonzept für die Innenstadt benötigt und dafür auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen muss?

#### **Sachverhalt / Begründung:**

**Auch wenn offiziell noch nicht von einer „Offenen Drogenszene“ gesprochen wird, mehren sich die Stimmen aus der Gastronomie, dem Einzelhandel sowie von Eltern, deren Kinder in der Nähe von Berliner- und Kronenplatz oder am Rand des KIT-Campus Nord zur Schule gehen, über ein offenes und auch tagsüber beworbenes Drogenangebot. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Handel mit „Cannabisprodukten“ in Karlsruhe weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist.**

Unterzeichnet von:

Jürgen Wenzel - Stadtrat Freie Wähler  
Stefan Schmitt - Stadtrat parteilos



<b>STELLUNGNAHME zur gemeinsamen Anfrage</b>		Vorlage Nr.:	<b>2016/0316</b>	
Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) Stadtrat Stefan Schmitt (pl)		Verantwortlich:	<b>Dezernat 2</b>	
vom: 25.05.2016				
<b>Maßnahmen gegen offenen Drogenhandel</b>				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>19.07.2016</b>	<b>34</b>	<b>x</b>	

**A. Ist der Verwaltung bekannt, dass Karlsruhe weit über die Region als „Cannabis-hauptstadt“ bekannt ist und es sogar einen regelrechten „Drogentourismus“ aus dem benachbarten Elsass nach Karlsruhe geben soll?**

Nach Kenntnis der Verwaltung unterscheidet sich Karlsruhe nicht von anderen deutschen Städten und Gemeinden im Umkreis hinsichtlich der Verfügbarkeit, des illegalen Handels und auch des Gebrauchs von Cannabis. Es ist nicht bekannt, dass Karlsruhe den Titel „Cannabishauptstadt“ tragen soll. Ein „Drogentourismus“ aus dem Elsass kann nicht bestätigt werden. Dies wäre auch verwunderlich, da nach Kenntnis der Experten eher ein „Drogentourismus“ nach Straßburg zum Beispiel aus der südlichen Ortenauregion stattfindet. Dort ist die Verfügbarkeit größer, die Preise niedriger und die Verfolgung durch die Polizei etwas geringer.

Das Polizeipräsidium Karlsruhe teilt die Einschätzung der Verwaltung zur Frage des „Drogentourismus“ und teilt ergänzend Folgendes mit:

Die Grenznähe der Stadt Karlsruhe und die überregional bekannte „Rotlichtmeile“ Brunnenstraße sowie die Nähe dieser Meile zum Berliner Platz, zum KIT-Campus Nord und zum Kronenplatz, wo sich derzeit der Schwerpunkt der Szene befindet, führen natürlich auch zu Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz durch französische Staatsangehörige.

**Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz im Stadtgebiet Karlsruhe:**

<b>DELIKT</b>	<b>2015</b>	<b>Tatverdächtige gesamt</b>	<b>Tatverdächtige französisch</b>
Rauschgiftdelikte nach BtMG	1.487	1.311	69
mit Cannabis und Zubereitungen	870	811	63

**Häufigkeitszahlen in Zusammenhang mit Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz weiterer Großstädte in Baden-Württemberg:**

<b>Stadtkreis</b>	<b>Häufigkeitszahl 2015 BtmG</b>	<b>Häufigkeitszahl 2015 Cannabis</b>
Karlsruhe	496	290
Stuttgart	723	436
Freiburg	788	450
Mannheim	753	359

- B. Die Karlsruher Polizei ist bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität überaus aktiv und erfolgreich und konnte in der Vergangenheit mit einigen spektakulären Erfolgen punkten. Sie spricht davon, dass „Rauschgiftkriminalität auch Kontrollkriminalität sei“. Leider sind die personellen Mittel der Polizei begrenzt, um das vorhandene Drogenangebot zu verdrängen. Sieht die Verwaltung hier Möglichkeiten, die Polizei durch den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) zu unterstützen?**

Die Verwaltung schließt sich der folgenden Stellungnahme des Polizeipräsidiums Karlsruhe zu der Frage an:

Die Unterstützung der örtlichen Polizeireviere durch den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) erfolgte bereits im vergangenen Jahr in guter Zusammenarbeit und wird durchaus begrüßt. Neu ist diese Form der Zusammenarbeit daher nicht. Zusätzliche Präsenz über das derzeit vorhandene Maß kann jedoch auch kontraproduktiv wirken, weshalb bilaterale Absprachen mit dem KOD erfolgen.

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass der KOD bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität nur mittelbar tätig werden kann, da dies keine polizeiliche Vollzugsaufgabe ist, die ihm gemäß § 31 Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Polizeigesetzes (DVO PolG) übertragen werden kann.

- C. Hat die Verwaltung vor, finanzielle Mittel bereitzustellen, um die Polizei bei ihrem Kampf gegen die Karlsruher Drogenszene zu unterstützen?**

Die Verwaltung schlägt vor, diese Frage in der Drogenkommission zu erörtern.

- D. Wäre es nicht an der Zeit einzugestehen, dass Karlsruhe zur Abwehr der Ausbreitung der Drogenszene, ein Sicherheitskonzept für die Innenstadt benötigt und dafür auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen muss?**

Das Polizeipräsidium Karlsruhe hat hierzu mitgeteilt:

Die Stimmen der Gastronomie, des Einzelhandels sowie besorgter Eltern finden sowohl bei der Kriminalpolizei, als auch beim örtlichen zuständigen Polizeirevier Marktplatz Gehör. Das Polizeipräsidium Karlsruhe reagiert auf die Entstehung einer Drogenszene durch Kontrollmaßnahmen der Zentralen Ermittlungsgruppe Rauschgift, durch verstärkte offene Präsenz- und Kontrollmaßnahmen des Streifen- und Bezirksdienstes mit Unterstützung von uniformierten und zivilen Kräften des Polizeipräsidiums

Einsatz und des Einsatzzuges ebenso wie durch täterorientierte Ermittlungen der Kriminalpolizei. Entsprechende Bekämpfungskonzeptionen sind vorhanden.

Zu der Frage der finanziellen Unterstützung wird auf die Beantwortung der Frage C verwiesen.